Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., die 70 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Rabatt nach Staffel B. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr) Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20021, 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktoriastr. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361–9365

Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 63 ×

Freitag, 15. März 1935

43. Jahrgang

Das Programm für Sir John Simons Besuch

Der Strafantrag im Rintelenprozeß – Griechenland nach der Niederschlagung des Putsches

Am 25. und 26. März

Eden begleitet den Außenminister – Die „Daily Mail" über die Notwendigkeit guter deutsch-englischer Beziehungen

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 14. März

Die gestrige Kabinettssitzung hat das Programm für den Berliner Besuch der englischen Minister endgültig festgesetzt. Sir John Simon und der Lordsiegelbewahrer Eden fahren am Sonntag, dem 24. März, nach Berlin. Am 25. und 26. März werden die Besprechungen mit Adolf Hitler stattfinden und am 27. wird Sir John Simon nach London zurückkehren. Ob Eden von Berlin direkt nach Moskau weiterfährt oder zunächst mit Simon nach London zurückfliegt, steht bis zum Augenblick noch nicht fest. Die Engländer werden in Berlin im Hotel Adlon wohnen, da die englische Botschaft keinen Raum für Besuche zur Verfügung hat. Nach einem Bericht der „Times" wird sich die Tagesordnung der Besprechungen im wesentlichen im Rahmen des bekannten englisch-französischen Schlußberichts nach den Londoner Verhandlungen halten. Es sollen der Luftpakt, der Ostpakt, die Möglichkeit eines mitteleuropäischen Paktes (Donaupakts) sowie ein Rüstungsbegrenzungsabkommen behandelt werden. Man hält hier unbedingt an der Ansicht fest, daß alle die in dem englisch-französischen Communiqué aufgeworfenen Fragen gleichzeitig behandelt werden müßten, da sie, wie die „Times" heute morgen schreiben, „Teile eines logischen Ganzen" sind. Nach den Angaben der „Times" sind die englischen Minister auch der Ansicht, daß zweiseitige Nichtangriffspakte nicht begrüßenswert seien, da das Problem des europäischen Friedens unteilbar sei.

„Daily Mail" widmet dem Besuch Sir John Simons in Berlin heute einen längeren Leitartikel. Es hänge von diesem Besuch so viel ab, schreibt das Rothermere-Blatt, daß keine Mühe gescheut werde, um ein Gefühl echter Freundschaft zwischen England und Deutschland zu schaffen. Das würde auch in keiner Weise die englische Freundschaft mit Frankreich beeinflussen.

Der Vertrag von Versailles sei in wesentlichen Teilen veraltet.

Es sei jetzt eigentlich kein Grund mehr vorhanden, warum nicht gewisse Artikel, die das Mißfallen Deutschlands erregt hätten, auch formell abgeschafft werden sollten. Die Abrüstungsartikel seien bereits so gut wie tot. Zwar ständen sie noch auf dem Papier, niemand messe ihnen aber irgendwelche Bedeutung bei. Die englische Regierung tue gut daran, zu überlegen, ob sie nicht die Initiative ergreifen und vorschlagen solle,

alle diese veralteten Punkte aus dem Vertrag auszumerzen,

einschließlich des berüchtigten Kriegsschuldartikels. Da seit vier Jahren die Reparationsfrage erledigt sei, komme den die Reparationen behandelnden Artikeln des Vertrags überhaupt keine Bedeutung mehr zu. „Für den Frieden Europas", so fährt „Daily Mail" fort, „ist es eine gebieterische Notwendigkeit, daß England und Deutschland in besten Beziehungen zueinander stehen. Im England gibt es keine Spur von Uebelwollen gegen Deutschland." Daß Deutschland sich bewaffnet habe, daß es rüste und fortfahre zu rüsten, sei sicher. Aber das habe jeder Staat in der letzten Zeit getan. („Mit alleiniger Ausnahme Englands", fügt das Blatt aus innerpolitischen Gründen hinzu. Vor kurzem erst sei England aus seinen pazifistischen Träumen erwacht.) „Wir hoffen deswegen", fährt das Blatt fort, „daß die englischen Staatsmänner sich davon abhalten lassen werden, Deutschland für diese Rüstungen verantwortlich zu machen. Derartige Vorhaltungen sind ganz sicher nicht der Weg zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch." „Daily Mail" schließt mit dem Hinweis,

ein Pakt mit Moskau sei keine Entschädigung für den Verlust einer Freundschaft mit Deutschland.

Niemand in England traue den Bolschewisten, und nicht einmal die englischen radikalen Sozialisten würden den treulosen Sowjets Vertrauen schenken.

Die deutsche Luftwaffe

Recht und Pflicht der Verteidigung

Die Frage, ob und wann Sir John Simon seinen Besuch in Berlin noch ausführen wird, nachdem der ursprünglich festgesetzte Termin hatte fallengelassen werden müssen, ist nunmehr geklärt. Englands Außenminister wird, begleitet vom Lordsiegelbewahrer Eden, am 25. und 26. März in der Reichshauptstadt weilen und hier die Besprechungen führen, die wesentlich dazu beitragen sollen, das europäische Friedenswerk zu fördern. Die Tatsache, daß Sir John Simon nach Berlin kommt, ist natürlich höchst begrüßenswert. Aufregend ist sie aber nach allem, was sich in letzten Wochen ereignet hat, gewiß nicht. Und trotzdem gibt es Leute, die in gewaltige Aufregung geraten sind. Sie sitzen in Paris, in der Pariser Presse und auch noch an andern Pariser Stellen. Wahrscheinlich haben die Herrschaften gehofft, daß der Berliner Besuch Sir John Simons endgültig gescheitert sei, und nun macht sich der Aerger Luft, daß die Dinge doch einen andern Lauf nehmen. Diese Aufregung und dieser Aerger sind verdächtig. Ganz so aufrichtig, wie es immer wieder versichert worden ist, kann der Wunsch, zu einer wirklichen Verständigung zu kommen, also in manchen Pariser Kreisen doch nicht sein . . .

Allerlei besorgte Ratschläge werden dem englischen Außenminister heute von Paris aus erteilt. Man fragt, ob er nicht besser daran tue, erst noch einmal nach Paris zu kommen. Jedenfalls aber müsse er unbedingt daran festhalten, daß die verschiedenen Vorschläge in der französisch-englischen Erklärung vom 3. Februar ein untrennbares Ganze darstellten. Und da man sich selbst bewußt ist, daß die Welt das alles schon zum Ueberdruß oft gehört hat, holt man auch zu einem „neuen Schlag" aus, — und zwar mit der Behauptung, die Erklärungen, die Göring über die deutsche Luftwaffe in seiner Unterhaltung mit Ward Price gegeben hat, hätten die Lage wieder ganz verändert!

•

Die Franzosen tun sich gern etwas darauf zugute, daß sie Meister im präzisen und logischen Denken seien. Ihre Logik versagt aber regelmäßig, wenn die Folgerung, die es zu ziehen gilt, nicht in ihre eigene Zielsetzung paßt. Auch jetzt zeigt sich das wieder. Wie ist denn die tatsächliche Lage? General Göring hat das in seinem Interview nochmals außerordentlich klar dargelegt: Deutschland ist aufgefordert worden, einem Luftpakt beizutreten, das heißt einem Pakt, der verlangt, daß Deutschland ebenso wie die andern Paktteilnehmer einem bedrohten Lande die eigenen Luftstreitkräfte zur Verfügung stellt. Selbstverständliche Voraussetzung ist dabei, daß die beteiligten Länder auch wirklich über eine Luftwaffe verfügen. Die Tatsache, daß man Deutschland zur Beteiligung an diesem Luftpakt auffordert, kann nichts andres bedeuten als die Anerkennung, daß auch Deutschland Luftstreitkräfte besitzen muß. Daraus hat die Reichsregierung nunmehr die Folgerungen gezogen: sie hat die Trennung der deutschen Luftfahrt in eine zivile Luftfahrt und in eine Flugwaffe vorgenommen.

Der Vorschlag des Luftpaktes ist auch von Frankreich ausgegangen. Trotzdem ätzern heute die französischen Blätter über einen „neuen Verstoß gegen den Versailler Vertrag". Der „Matin" geht so weit, einen gemeinsamen Schritt Englands, Frankreichs und Italiens in Berlin zu fordern. Das „Echo de Paris" spricht von einer deutschen „Erpressung", und der „Figaro", der zwar vernünftigerweise zugibt, daß eine Großmacht wie Deutschland sich nicht ständig mit ihrer militärischen Unterlegenheit abfinden könne, behauptet dann doch kühn, daß England und Frankreich sich Zehntausende von Kampfflugzeugen zulegen könnten, ohne daß der Friede dadurch im geringsten gefährdet werde, während der geringste Bruchteil einer solchen Luftflotte im Besitz eines nationalsozialistischen Deutschland höchst gefährlich werden müsse! Zum Schluß geniert sich der „Figaro" auch nicht, wieder die alte Phrase zu bringen, daß in Deutschland der „Geist der Gewalt" regiere. Man sieht, die Logik ist nicht bei den Franzosen. Logisch ist aber durchaus das Vorgehen Deutschlands.

•

Es sei darauf verzichtet, noch einmal ausführlich darzulegen, daß schon im Versailler Vertrag die Abrüstungspflicht der andern als Vorbedingung zur deutschen Abrüstung festgelegt worden ist und daß wir 15 Jahre lang auf die Verwirklichung dieser verpflichtenden Bestimmung vergeblich gewartet haben. Es genügt die Erinnerung an den sogenannten Macdonaldplan vom März 1933. Auch dort war die selbstverständliche Folgerung gezogen, daß der Teil V des Versailler Vertrages, der die Abrüstungsbestimmungen enthält, fallen mußte, um Deutschland die wirkliche Gleichberechtigung zu geben. Im Mai 1933 hat der Führer dann im Rahmen des 300 000-Mann-Heeres, das wir forderten und das grundsätzlich auch von Frankreich zugestanden wurde, eine entsprechende Anzahl von Verteidigungsflug-

zeugen in Anspruch genommen. Auf Bombenflugzeuge wurde damals von Deutschland verzichtet. Dieser Verzicht sollte auf zwei Jahre befristet sein, weil die Hoffnung bestand, daß in dieser Zeit die Bombenflugzeuge allgemein abgeschafft würden. Das aber ist nicht geschehen. Im Gegenteil: fast täglich kommen Nachrichten aus der ganzen Welt, die über die Neukonstruktion von Bombenflugzeugen berichten. Es zeigte sich also, daß die Hoffnung auf eine wirksame Abrüstung in der Luft zur Utopie geworden war. Auch das englische Weißbuch hat ja diesen Sachverhalt anerkannt und bestätigt. Es ist selbstverständlich, daß damit auch für Deutschland die Voraussetzungen für seinen damaligen Verzicht gefallen sind. Nicht freiwillig, sondern gezwungen durch die Maßnahmen der andern haben wir nunmehr die Folgerungen gezogen.

Man muß sich überall damit abfinden, daß auch Deutschland Anspruch auf Sicherheit hat. Und es ist so, wie Göring in seiner Unterhaltung mit Ward Price betonte, daß „die Luftwaffe ein integrierender Bestandteil jeder Sicherheit sein muß, und ohne Luftwaffe auch Armee und Marine, mögen sie noch so stark sein, ohne Nutzen sind." Wenn die Welt sich seit vielen Jahren das Geklage Frankreichs um seine Sicherheit angehört hat, dann soll sie nun so ehrlich sein und zugeben, daß Deutschland, dessen Lage im Herzen Europas ungleich gefährdeter als die jedes andern Landes ist, gleichfalls praktische Maßnahmen für seine Sicherheit ergreift.

•

Die Welt rings um uns ist aufs höchste gerüstet. Sie ist gerade auch in der Luft gerüstet. Ist es nicht ein unmöglicher Zustand, daß ein so verhältnismäßig kleines und von keiner Gefahr bedrohtes Land wie die Tschechoslowakei eine hoch entwickelte Luftwaffe hat, daß Deutschland aber das gleiche Recht versagt bleiben soll?! Gerade das tschechische Beispiel ist lehrreich. Man hat in der letzten Zeit mehrfach davon gehört, daß außerordentlich enge Beziehungen zwischen dem sowjetrussischen und dem tschechischen Generalstab bestehen. Sowjetrussische Offiziere haben die Flugplätze der Tschechoslowakei besichtigt, und es erscheint durchaus nicht ausgeschlossen, daß Sowjetrußland die Tschechoslowakei einmal als fliegerischen Aufmarschplatz gegen den Westen — es braucht nicht nur Deutschland zu sein — benutzen möchte. Darüber aber besteht nirgends ein Zweifel, daß Sowjetrußland von allen Ländern über die gewaltigste Luftrüstung verfügt.

In Moskau selbst hat man kürzlich stolz mit den Riesenzahlen der sowjetrussischen Luftstreitkräfte paradiert. Um nicht weniger als um 330 Prozent ist die sowjetrussische Luftflotte in den letzten vier Jahren verstärkt worden. Auch Kinder und Frauen werden bereits in der Fliegerei ausgebildet. Nicht weniger als 22 Fliegerbrigaden, 77 Fliegergeschwader und 88 selbständige Fliegerstaffeln stehen den bolschewistischen Machthabern zur Verfügung. Das heißt, daß wenigstens 3200 Flugzeuge erster Linie und mehr als 1000 Reserveflugzeuge in den sowjetrussischen Flughallen in Bereitschaft stehen. Flugzeuge, die zum Teil 1000 Kilogramm Bomben mit sich nehmen können, die außerdem noch schwer bewaffnet sind und

Neuordnung der sächsischen Staatsverwaltung

Der Reichsstatthalter hat als Führer der sächsischen Landesregierung zur Vereinfachung der Verwaltung und zur Erzielung weitgehender Ersparnisse eine Neuorganisation der Staatsverwaltung verfügt, die eine wichtige Vorarbeit für die Reichsreform bedeutet. U. a. bringt die Neuordnung den Wegfall des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums. (Ausführlicher Bericht auf Seite 4.)

Manschukuo breitet sich aus

× Hsinking, 14. März (Durch Funkspruch)

Die Regierung von Mandschukuo veröffentlicht eine halbamtliche Mitteilung über die Beziehungen zur inneren Mongolei, die Beachtung verdient. Zeigt sie doch, daß die der neuen Staatsgründung innewohnende Ausbreitungstendenz noch nicht zur Ruhe gekommen ist.

Es wird darin erklärt, in der letzten Zeit habe die mandschurische Regierung verschiedene Petitionen von der Bevölkerung der inneren Mongolei erhalten, in denen die mandschurische Regierung ersucht werde, sämtliche Schritte zu unternehmen, die den Anschluß der inneren Mongolei an Mandschukuo herbeiführen können. Ferner habe eine Gruppe mongolischer Fürsten in Dolonnor bei den mandschurischen Behörden um die Erlaubnis nachgesucht, dem mandschurischen Kaiser in Hsinking eine Petition zu überreichen, die die Vereinigung der inneren Mongolei mit Mandschukuo verlange. Von den mandschurischen Behörden sei die Einreise der mongolischen Fürsten nach Hsinking gestattet worden.

Zwischen der Regierung der inneren Mongolei und der von Mandschukuo schwebt noch eine Streitsache wegen des Grenzkonflikts am Boirnorsee, bei dem es auch zu militärischen Reibungen kam.

Aufsehenerregende Verhaftung in Tokio

× Tokio, 14. März. (Durch Funkspruch)

Großes Aufsehen erregt die Verhaftung des 28jährigen Sohnes des bekannten Staatsrechtslehrers Professor Dr. Minobe, der über den Gegensatz zwischen der sogenannten Souveränitätstheorie und der Organtheorie schrieb und den Kaiser nicht als über dem Staat stehend, sondern als Organ des Staates bezeichnete. Die Verhaftung erfolgte in Tokio unter dem Verdacht kommunistischer Umtriebe.

Der Tag der Alten Garde

Bericht unsrer Berliner Schriftleitung

F. Berlin, 14. März

Der Chef des Stabes, Lutze, hat den ältesten SA.-Mann jedes Sturmes aus ganz Deutschland zum 21. März nach Berlin geladen. In allen Orten des Reiches werden die ältesten SA.-Männer der verschiedenen Gruppen zu Sammeltransporten zusammengestellt und in Sonderzügen nach der Reichshauptstadt fahren. Die Sonderzüge treffen im Laufe des Vormittags des 21. März auf sechs Berliner Bahnhöfen ein. Die SA.-Männer marschieren nach der Ankunft in einige große Säle der Stadt, in denen sie untergebracht und verpflegt werden. Am Nachmittag findet im Sportpalast ein großer Appell vor dem Chef des Stabes statt. An diesen Appell schließt sich ein Vorbeimarsch in der Wilhelmstraße. Die SA.-Männer werden durch ein Fackelspalier marschieren, das von Berliner SA. gestellt wird, die auf diese Weise ihren ältesten Kameraden eine Ehrung darbringt. Der 22. März beginnt mit einem Aufmarsch am Reichstagsgebäude. Hier wird der Chef des Stabes vor seinen SA.-Männern grundsätzliche Ausführungen machen. Es folgt eine Besichtigung Berlins. Der Nachmittag steht zur freien Verfügung. Die Veranstaltungen klingen in Kameradschaftsabenden aus, zu denen der Chef des Stabes, Lutze, und die SA.-Gruppenführer erscheinen werden. In der Nacht zum 23. März erfolgt die Rückfahrt.

Die Saarspende der Studenten

Bericht unsrer Berliner Schriftleitung

F. Berlin, 14. März

Die Saarspende der Deutschen Studentenschaft, für die zum Semesterschlußappell am 8. Februar an allen deutschen Hochschulen gesammelt wurde, hat einen Betrag von 20 000 Mark ergeben. Die Spende wurde dem Gauleiter Bürckel übergeben, der sie für den Aufbau von vier Arbeitersiedlungshäusern im Saargebiet verwenden wird.